



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

100. Sitzung (öffentlich)

9. Dezember 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

16:35 Uhr bis 19:55 Uhr

Vorsitz: Heike Gebhard (SPD)

Protokoll: Carolin Rosendahl

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

Es erhebt sich kein Widerspruch gegen die Aufnahme von TOP 6 auf die Tagesordnung.

- 1 Bericht der Landesregierung zum aktuellen Stand zur Ausbreitung des Coronavirus und in diesem Zusammenhang getroffene Maßnahmen**
(Fragen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlagen 1 und 2])

8

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4302

In Verbindung mit:

- 13 Bericht zu einer zukünftigen Covid-19-Impfstrategie** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4306

In Verbindung mit:

- 16 Situation in der häuslichen Pflege und der pflegenden Angehörigen vor dem Hintergrund der besonderen Herausforderungen durch Corona** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4304

In Verbindung mit:

- 17 Gemeinsame Lösung für Schnelltestes in Pflegeheimen?** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 5])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4308

In Verbindung mit:

- 18 Entlassung von pflegebedürftigen Corona-Patientinnen und Corona-Patienten aus dem Krankenhaus** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 6])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4295

– Wortbeiträge

- 2 Gesetz zur Umstrukturierung der Maßregelvollzugsbehörde im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales** **40**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11682

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

- 3 20 Jahre „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ – EEG Kartell endlich beenden, Verbraucher und Unternehmen entlasten! 41**
- Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8893
- Ausschussprotokoll 17/1143 (Anhörung vom 30.09.2020)
- abschließende Beratung und Abstimmung
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben und seine Befassung mit dem Antrag abzuschließen.
- 4 Retraditionalisierung von Geschlechterrollen entgegenwirken. Rollback verhindern – Frauen stärken. 42**
- Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/9798
- Schriftliche Anhörung
des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen
Stellungnahme 17/3269
Stellungnahme 17/3270
Stellungnahme 17/3271
- abschließende Beratung und Abstimmung
- Wortbeiträge
- Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD-Fraktion ab.
- 5 Entwurf einer Verordnung zur Ausübung eines Freiwilligendienstes in einer epidemischen Lage (Freiwilligendienst-Verordnung – FdVO-NRW) 45**
- Unterrichtung
durch den Präsidenten des Landtags
Drucksache 17/12061
Vorlage 17/4350
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss stimmt dem Verordnungsentwurf mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

- 6 Entwurf der Änderungsvereinbarung zur Verwaltungsvereinbarung vom 1. Dezember 2016 in der Fassung der ersten Änderungsvereinbarung vom 27. Dezember 2018 über die Errichtung eines Hilfesystems für Menschen, die als Kinder oder Jugendliche in den Jahren 1949 bis 1975 (Bundesrepublik Deutschland) bzw. 1949 bis 1990 (DDR) in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe oder in stationären psychiatrischen Einrichtungen Leid und Unrecht erfahren haben** **50**

Unterrichtung
durch den Präsidenten des Landtags
Drucksache 17/12040
Vorlage 17/4312

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, sich bereits in der heutigen Sitzung abschließend mit dem Änderungsvereinbarungsentwurf zu befassen.

Der Ausschuss hat von dem Änderungsvereinbarungsentwurf Kenntnis genommen.

- 7 Präventionsangebote schaffen – psychische Gesundheit in den Vordergrund stellen.** **51**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/11849

– Verfahrensabsprache

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

- 8 97. Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK) am 26. und 27. November 2020** **52**

Bericht
durch den Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Vorlage 17/4300

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

- 9 Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets im Jahr 2019 in Nordrhein-Westfalen** **54**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4196
- Wortbeiträge
- 10 Rückgang bei Ausbildungsstellen und Bewerberinnen und Bewerbern** **55**
(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 7])
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4293
- Wortbeiträge
- 11 Aktuelle Wohnsituation von Auszubildenden in NRW** **56**
(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 8])
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4294
- Wortbeiträge
- 12 Landesarbeitsminister machen Vorschläge zur Hartz IV-Reform – welche Rolle übernimmt Nordrhein-Westfalen in diesem Szenario?** **57**
(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 9])
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4301
- keine Wortbeiträge
- 14 Drohende Kürzungen der Entgelte in Werkstätten für Menschen mit Behinderung (WfbM)** **58**
(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 10])
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4305
- Wortbeiträge

15 Stand der Etablierung des Virtuellen Krankenhauses (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 11]*) **60**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4307

– Wortbeiträge

19 Verschiedenes **63**

hier: **Verwaltungsvereinbarungsänderung Vorlage 17/4287 überwiesen per Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags Drucksache 17/12021**

* * *

2 **Gesetz zur Umstrukturierung der Maßregelvollzugsbehörde im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11682

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend –, an den Rechtsausschuss sowie an den Haushalts- und Finanzausschuss am 11.11.2020; Zustimmung durch RA; HFA votiert nicht)

Mit dem Gesetzentwurf werde eine Umstrukturierung einer bis jetzt anerkannten Institution, nämlich des Landesbeauftragten für den Maßregelvollzug, vorgenommen, erläutert **Josef Neumann (SPD)**. Herr Uwe Dönisch-Seidel habe diese Rolle in einzigartiger Weise ausgefüllt. Die Organisationsentscheidung über die Eingliederung der Aufgaben und des Personals des Landesbeauftragten liege bei Minister Karl-Josef Laumann (MAGS).

Er erinnere mit seinem Redebeitrag an die hervorragende Arbeit von Herrn Uwe Dönisch-Seidel, dessen Arbeit eine über Jahre wichtige Institution gewesen und nicht zu ersetzen sei.

Er schließe sich seinem Vorredner inhaltlich an, bekundet **Peter Preuß (CDU)**. Mit der Diskussion über diesen Gesetzentwurf gingen Emotionen einher, weil ein großer Teil der Arbeit des Landesbeauftragten für den Maßregelvollzug in Zusammenhang mit der Person des hoch geschätzten, anerkannten und sicherlich nicht ohne Weiteres zu ersetzenden Herrn Uwe Dönisch-Seidel gestanden habe.

Nach dem Wegfall dieses Bindeglieds zwischen dem Ministerium und der Behörde des Landesbeauftragten gehe es nun um eine effektivere Gestaltung des Abstimmungs- und Prüfaufwands. Aus diesem Grund halte seine Fraktion es für den richtigen Weg, die Aufgaben und das Personal dieser Behörde in das Ministerium einzugliedern. Damit verbinde sie die Hoffnung, dass die bei der Schaffung von Maßregelvollzugsplätzen notwendigen Abläufe effizient bewerkstelligt werden könnten.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

